

NACHHALTIGER FRIEDEN /

Völkerrechtliche Mindeststandards als Gebot von Friedenspolitik /

Kernnormen und Prinzipien des Völkerrechts sind in Gefahr. Die Verletzung völkerrechtlicher Mindeststandards in Gewaltkonflikten sowie Verstöße gegen das zwischenstaatliche Gewaltverbot unterhöheln die multilaterale Friedensordnung. Bei ihrer Bewahrung gewinnt die internationale Gerichtsbarkeit an Bedeutung angesichts eines blockierten VN-Sicherheitsrats. Ihre zunehmende Entschlossenheit ist unterstützenswert, doch darf sie sich nicht von interessegeleiteten Staaten als Bühne vereinnahmen lassen.

DIE EROSION VON KERNNORMEN DES VÖLKERRECHTS

Die hohe Zahl kriegerischer Gewaltkonflikte weltweit → **1** geht mit einer Dehumanisierung der Kriegführung einher: Der Schutz von Zivilist:innen wird massiv missachtet, zivile Infrastruktur (Krankenhäuser, Schulen, Energieinfrastruktur etc.) ist direktes Ziel militärischer Schläge, humanitäre Hilfe wird unterbunden oder für politische Zwecke instrumentalisiert. Auch finden besonders verheerende Waffensysteme wie Antipersonenminen und Streumunition trotz ihrer Ächtung in Teilen der internationalen Gemeinschaft breite Anwendung.

Humanitäre Mindeststandards sind angesichts von Gewalt- und Vernichtungslogiken gefährdet. Besonders drastisch wird dies im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und im Israel-Gaza-Krieg deutlich – auch wenn es zahlreiche weitere Beispiele gibt, wie etwa im Sudan → **1**. Die Erosion humanitärer Mindeststandards ist zugleich nur ein Teil des derzeitigen Angriffs auf Kernnormen des Völkerrechts. Auch menschenrechtliche Mindeststandards wie das Verbot von Völkermord und Folter sowie das Gewaltverbot als fundamentales Prinzip des Friedenssicherungsrechts werden bedroht.

Der Staatengemeinschaft mangelt es aufgrund geopolitischer Rivalitäten am Willen, der Erosion Einhalt zu gebieten. Zugleich fehlen wirksame und rechtlich verbindliche Instrumente. Umso bemerkenswerter ist das Selbstbewusstsein, mit dem der Internationale Gerichtshof (IGH) sowie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in jüngster Zeit aufgetreten sind.

Wir untersuchen die Gefährdung völkerrechtlicher Mindeststandards beispielhaft an den Kriegen in der Ukraine und in Gaza, beziehen aber auch weitere Fälle mit ein. Zunächst betten wir den inhaltlichen Schwerpunkt in ausgewählte Trends zu menschlicher Sicherheit ein.

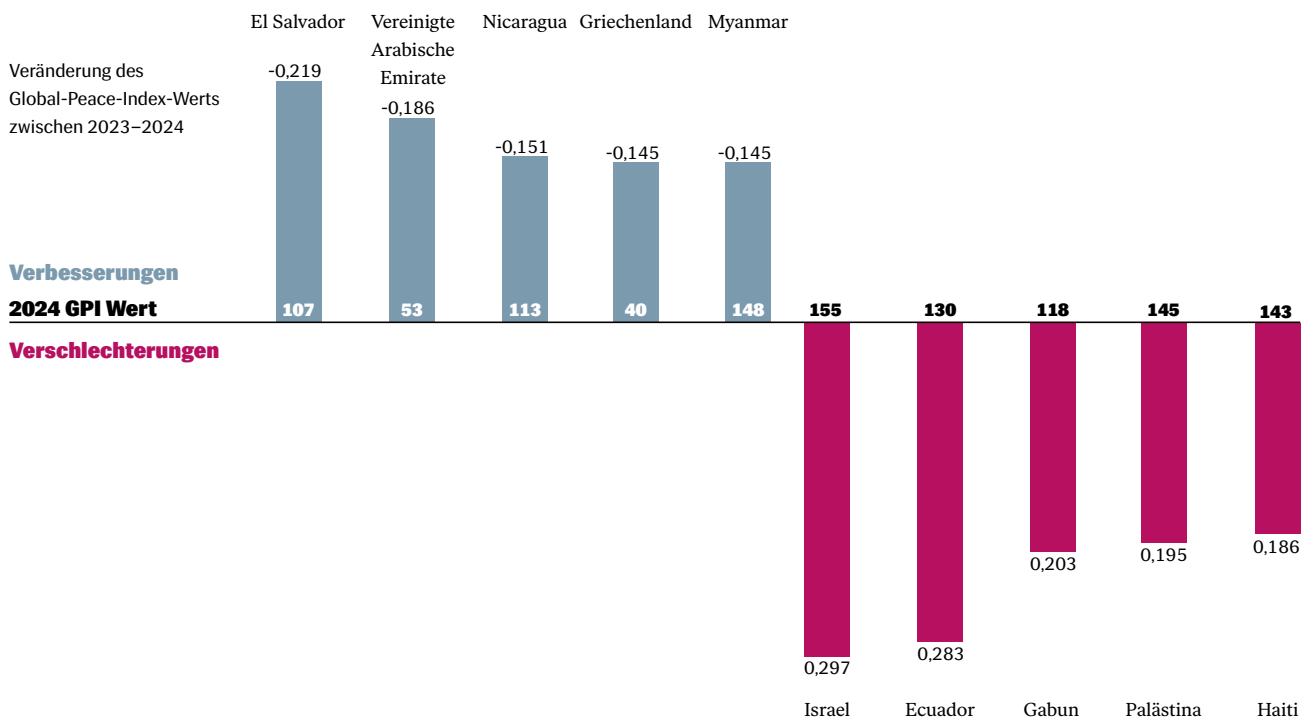
2

2.1 ✓ Aktuelle Trends in der menschlichen Sicherheit

68

Laut dem Global Peace Index (GPI), der zahlreiche Indikatoren in den Feldern Militarisierung, bestehende Konflikte, Sicherheit und Schutz für 163 Länder zusammenführt und damit einen anderen Schwerpunkt als die Gewaltkonfliktdaten → **1** setzt, hat sich der seit 2019 bestehende Negativtrend der globalen Friedlichkeit fortgesetzt (→ Institute for Economics and Peace 2024). Während sich die Gesamtsituation in 65 Ländern verbesserte, sind 97 Länder weniger friedlich geworden. Dies galt besonders in Israel, Ecuador, Gabun, Palästina und Haiti, während in El Salvador, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Nicaragua, Griechenland und Myanmar positive Veränderungen zu beobachten waren → **11**. In einigen dieser Fälle, wie etwa in El Salvador oder Nicaragua, ist dies mit staatlicher Repression und Menschenrechtsverletzungen einhergegangen.

11 Verbesserungen und Verschlechterungen bei globaler Friedlichkeit (2023–2024) Quelle → 2 / 85



Besonders Zivilist:innen waren von dem Anstieg der Anzahl von Gewaltkonflikten betroffen. Laut GPI gibt es 16 Staaten, in denen mehr als 5 % der Bevölkerung vertrieben wurden. Die VN beklagten in ihrem Sustainable Development Goals (SDG) Report (→ United Nations 2024: 40), dass im Mai 2024 die Gesamtzahl aller gewaltsam Vertriebenen 120 Millionen Menschen betrug und damit ein trauriges Rekordhoch erreichte. Von Gewalt sind zunehmend Frauen und Kinder gefährdet. So stieg der Anteil der in Konflikten getöteten Frauen in nur einem Jahr (2022 auf 2023) auf das Doppelte, während sich der Anteil der getöteten Kinder sogar verdreifachte.

Vom Anstieg der Gewaltkonflikte ist besonders die Zivilbevölkerung betroffen

Im GPI gibt es Lichtblicke hinsichtlich menschlicher Sicherheit, die insbesondere für Alltagsgewalt gelten. So sind in den vergangenen Jahren die Mordraten in insgesamt 112 Ländern zurückgegangen. Besonders Staaten in Zentralamerika verzeichneten Verbesserungen, allen voran El Salvador. Insgesamt fühlen sich Menschen in Bezug auf Kriminalität sicherer. Die VN beklagen jedoch, dass für das Erreichen des 16. Ziels für nachhaltige Entwicklung (SDG 16) – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – der Rückgang von Tötungsdelikten zu langsam verläuft und dass organisierte Kriminalität und Gangs weiter eine große Rolle spielen. Hinsichtlich Terroropfern gab es nach deutlichen Rückgängen jüngst wieder einen Anstieg, der mit der verschlechterten Sicherheitslage in der Sahel-Region in Verbindung gebracht wird. Diese Region gilt nun als Epizentrum von Terrorismus → **12**.

12 Schlüsselindikatoren bei Sicherheit und Schutz (2008–2024)

Quelle → 2 / 85

